



Kulturbüro Sachsen
Handreichung zur Fortbildung

Rechtsextreme Orientierungen und die soziale und erzieherische Praxis

-

**Reader zur Fortbildung
im Projekt**



am 22. Mai 2008



Ablauf der Fortbildung:

1. Quiz zur Positionsbestimmung
2. Der/die idealtypische Mitarbeiter/in
im erzieherischen und sozialen Beruf
3. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Heitmeyer &
Brähler/ Decker (Uni Leipzig)
Vorurteile/ Abwertungen/ Phobien/ Feindseeligkeiten

Rex kommt aus der Mitte
4. Die eigene Position zu GMF



Kulturbüro Sachsen

Handreichung zur Fortbildung

Ist die Würde des Menschen antastbar?

Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen. Der kann sich in vielen Facetten ausdrücken:

Ökonomische Umverteilungen von unten nach oben, Entfernungen aus dem öffentlichen „Verkaufsraum“, Generalverdächtigungen gegenüber Lebensstilen oder religiösen Überzeugungen ganzer Gruppen sind nur einige Varianten. Zum Teil werden Gruppen gegen andere instrumentalisiert oder als Bedrohungspotential auf die öffentliche Tagesordnung gehoben. Eine andere Variante ist, die Situation schwacher Gruppen gar nicht erst zu thematisieren, sie also aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion auszuschließen, zu vergessen; mithin sie nicht anzuerkennen, um nicht über Verbesserungen ihrer Lage nachdenken zu müssen. Klammheimlich kann dazu auch die „Schuldumkehr“ eingesetzt werden, womit die Ursachen für Abwertungen – quasi gesellschaftsentlastend – den Gruppen selbst zugeschrieben werden.

Ein zentrales Problem unserer Gesellschaft steht hinter allen diesen Erscheinungsweisen, Instrumentalisierungen und Entwicklungen: Die Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung der **Ungleichwertigkeit von Gruppen** und ihrer Mitglieder sowie **die Auflösung von Grenzen zur Sicherung ihrer physischen und psychischen Integrität**, die ihnen ein Leben in Anerkennung und möglichst frei von Angst ermöglichen. Daher geht es immer wieder um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen in dieser Gesellschaft leben, Anerkennung erfahren oder aber sich feindseligen Mentalitäten ausgesetzt sehen.

Wir werden heute mit einer bemerkenswerten Ungleichzeitigkeit konfrontiert. Auf der einen Seite werden von der Politik durchaus Anstrengungen etwa zur rechtlichen Gleichstellung bzw. Anti-Diskriminierung unternommen. Auf der anderen Seite sind deren Effekte offenkundig nicht hinreichend für eine deutliche Veränderung von Einstellungen in der Bevölkerung und für ein besseres Zusammenleben von Gruppen. Vor diesem Hintergrund sind für die Bundesrepublik vier zentrale Fragen ständig wieder neu zu klären:

- In welchem Ausmaß wird die Würde zahlenmäßig schwacher bzw. sog. beschwerdearmer Gruppen angetastet durch abwertende, ausgrenzende Einstellungen und diskriminierendes Verhalten anderer Personen?
- Welche Erklärungen sind dafür zu finden, dass sich menschenfeindliche Mentalitäten in dieser Gesellschaft hartnäckig halten bzw. ausbreiten?
- Wo werden Veränderungen in den Ausmaßen und Zusammenhängen im Zeitverlauf erkennbar?

Ein Projekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld geht diesen Fragen seit dem Jahr 2002 unter dem Titel „**Survey zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit**“ nach.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Group Focused Enmity)

Die GMF-Theorie versucht Einstellungen im Bereich Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminie-



Kulturbüro Sachsen

Handreichung zur Fortbildung

rung und Sozialdarwinismus mit einem integrativen Konzept neu zu fassen. Der von Wilhelm Heitmeyer geprägte Begriff bezeichnet zugleich ein Forschungsprogramm zur empirischen Langzeituntersuchung solcher Einstellungen in Deutschland. Die empirische Forschung findet in erster Linie im Rahmen eines Projekts des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung sowie eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Graduiertenkollegs statt, an dem die Universitäten Bielefeld, Marburg und Gießen beteiligt sind.

Begriff und Forschungsprogramm

Der GMF-Begriff zielt darauf, feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen in der deutschen Gesellschaft mit Hilfe eines Begriffs von großer Spannweite zu erfassen und zu systematisieren. Als gemeinsamer Kern der diesem Begriff zugeordneten Phänomene wird eine **Ideologie der Ungleichwertigkeit** angenommen.¹ In die empirische Forschung werden offene und verdeckte Menschenfeindlichkeit einbezogen. Die federführende Forschergruppe spricht nicht von einem Phänomen, sondern von einem „Syndrom“. Der Syndrom-Begriff ist der Medizin entlehnt und bringt zum Ausdruck, dass die verschiedenen Symptome von GMF oft gleichzeitig oder korreliert auftreten.

Wesentliches Kennzeichen des Forschungsprogramms ist die Arbeit auf der Basis empirischer Sozialforschung, die mittels repräsentativer Langzeituntersuchungen die typischen Korrelationen der Teilphänomene herausarbeiten soll. Neben Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wird auch die drastische Abwertung religiöser Einstellungen betrachtet, d.h. Aktuell insbesondere Antisemitismus und Islamphobie.² Einbezogen werden darüber hinaus die Herabsetzung sexuellen oder sozialen Andersseins, d.h. die Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen und Behinderten sowie die Demonstration von Sexismus und Etabliertenvorrechten. Jährlich wird in einer Befragung von 3000 repräsentativ ausgewählten Personen, die in Form von Telefoninterviews durch NFO Infratest vorgenommen wird, die Verbreitung dieser Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands erhoben. Zudem werden in den ersten drei Jahren der Studie Personen auch jährlich wieder befragt³, um Entwicklungen des Syndroms zu dokumentieren. Für das Forschungsprogramm besonders wichtig ist die Untersuchung der statistischen Korrelationen zwischen den einzelnen Elementen. Das Konzept, dessen empirische Umsetzung einen Beitrag zur kritischen Spiegelung der gesellschaftlichen Zustände leisten will, enthält drei Eckpunkte. Es geht um die Phänomene, ihre Erklärungen und die Veränderung über die Zeit. Die Kernfragestellungen bleiben gleich, um Verläufe und Entwicklungen zeichnen zu können. Das GMF-Syndrom beinhaltet folgende Elemente:

Rassismus

Zum Phänomen des Rassismus zählt nach Ansicht der Forscher z.B. die von 12,6 % der Befragten im Jahr 2007 vertretene Auffassung, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt seien. (2002: 16,4%; 2004: 13,1%). Der Aussage, Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind, schlossen sich 18,5% der Befragten an (2002: 22%; 2004: 21,9%).

¹ Grundannahme der GMF-Theorie ist, dass die Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von spezifischen Gruppen der Gesellschaft von anderen Menschengruppen in Frage gestellt und so Verteilungs- und Machtkämpfe innerhalb einer Gesellschaft mittels verbaler, physischer oder ökonomischer Gewalt gelöst werden sollen.

² Eine zusätzliche Einbeziehung des Items „Christenfeindlichkeit“ wäre für die kommenden Jahre wünschenswert.

³ 2002: N=3000, 2003: N=1300, 2004: N=900, 2006: N=1120



Kulturbüro Sachsen

Handreichung zur Fortbildung

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit drückt sich nach Ansicht der Forscher u.a. darin aus, dass 54,7% der Befragten im Jahr 2007 der Auffassung waren, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben (2002: 55,4%; 2004: 60%). Zudem, so die Auffassung von 29,7%, sollen Ausländer zurückgeschickt werden, wenn die Arbeitsplätze knapp werden (2002: 27,7%; 2004: 36%).

Antisemitismus

Hinsichtlich des Antisemitismus wurde von 15,6% der Befragten im Jahr 2007 zu viel Einfluss von Juden in Deutschland konstatiert (2002: 21,7%; 2004: 22%). Etwa 17,3% waren überzeugt davon, dass Juden durch ihr eigenes Verhalten eine Mitschuld an der Judenverfolgung tragen (2002: 16,6%; 2004: 12,8%).

Homophobie

Bezüglich der Homophobie äußerten 31,3% der Befragten im Jahr 2007 Ekel, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen (2005: 34,8%). Das Homosexualität unmoralisch sei, antworteten 15,3% (2005: 16,6%). Gegen die Möglichkeit der Ehen zwischen Frauen und zwischen Männern sprachen sich 35,4% aus (2005: 40,5%)

Abwertung von Obdachlosen

Zur Frage hinsichtlich der Obdachlosenabwertung sagten 2007 38,8%, dass ihnen Obdachlosen in Städten unangenehm seien (2005: 38,9%). Der Aussage, Obdachlose seien arbeitsscheu, stimmten 32,9% zu (2005: 22,8%). Der Forderung, bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden, schlossen sich 34% der Befragten an (2005: 35%).

Abwertung von Behinderten

Hinsichtlich der Behindertenabwertung gaben 7,7% der Befragten im Jahr 2007 an, dass viele Forderungen von Behinderten „überzogen“ seien (2005: 8,3%). Ebenso meinen 12,7% der Befragten, dass für Behinderte in Deutschland zu viel Aufwand betrieben wird (2005: 15,2%). Dass Menschen mit Behinderungen zu viel Vergünstigungen erhalten, wurde von 8% behauptet (2005: 7,5%).

Islamophobie

Islamophobie drückt sich in einer generell ablehnenden Haltung gegen muslimische Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams aus. So sind 2007 29% der Befragten der Auffassung, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte (2004: 24%). Und 39% der Befragten fühlen sich durch "die vielen Muslime" wie Fremde im eigenen Land (2004: 35,1%).

Klassischer Sexismus

Das Phänomen des „klassischen Sexismus“ bezieht sich auf geschlechtsdiskriminierende Vorstellungen. So sollen sich Frauen nach der Auffassung von 28,5% der Befragten im Jahr 2007 wieder auf die „angestammte“ Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen (2002: 29,4%; 2004: 29,3%). Und 18% stimmten der Aussage zu, dass es für eine Frau wichtiger sein sollte ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen (2004: 15,6%).

Etabliertenvorrechte

Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen, gleich welcher Herkunft, beanspruchten raumzeitlichen Vorrangstellungen, die auf eine Unterminierung gleicher Rechte hinauslaufen und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen. Für 35,1% der Befragten im Jahr 2007 sollten diejenigen, die schon immer hier leben, mehr Rechte haben als solche, die später zugezogen sind (2002: 40,9%; 2004: 35,5%). Und wer neu sei, solle sich erst mal mit weniger zufrieden geben; 52,8% vertreten eine solche Auffassung (2002: 57,8%; 2004: 61,5%).

Abwertung von Langzeitarbeitslosen

2007 wurde erstmals die Diskriminierungsform Abwertung von Langzeitarbeitslosen erhoben. Der Aussage, dass die meisten Arbeitslosen nicht wirklich daran interessiert seien, einen Job zu finden, schlossen sich 49,3% der Befragten an. 60,8% fänden es empörend, wenn Langzeitarbeitslose sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machten.

Aktuelle Befunde zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen

Bereits 1981 kam das Sinus-Institut in einer repräsentativen Befragung in Westdeutschland zu dem Ergebnis, dass „13 Prozent der Wahlbevölkerung über ein geschlossenes rechtsextremisti-

sches Weltbild verfügten“,⁴ ein Anteil, der bis heute stabil blieb. In einer neueren Befragung ermittelten NIEDERMEYER/STÖSS 1998 im vereinigten Deutschland exakt die selbe Zahl von 13% (12% im Westen und 17% im Osten).⁵ Neueste Studien zeigen aber, dass aktuell 23% der ostdeutschen Bevölkerung ein rechtsextrems Einstellungspotential aufweisen (17% 1998), während der Wert in Westdeutschland bei 16% liegt (12% 1998).⁶

Einstellungsbefragungen müssen nachweisen, ab welchem Wert rechtsextremistische Einstellungen als sicher gelten. Die Sinus-Studie z.B. verwendete 23 Items und bildete eine vierstufige Skala (von ‚völlig richtig‘ bis ‚völlig falsch‘). Wer in dieser Skala über einem rechnerischen Mittelwert von 2,5 lag, wurde als rechtsextremistisch bezeichnet.⁷ Um das Problem der Festsetzung eines Grenzwertes zu umschiffen, gehen andere Forschungsansätze weniger deterministisch vor: So ermittelte eine Forsa-Umfrage im Jahr 2000 „bei 17% der Ostdeutschen und 11% der Westdeutschen eine ‚hohe Nähe zu rechtsradikalem Gedankengut‘ und bei 37% der Ostdeutschen und 31% der Westdeutschen eine ‚mittlere Nähe zu rechtsradikalem Gedankengut“.⁸ Anstatt also zu behaupten, welcher Prozentsatz rechtsextrem sei, versucht man nachzuweisen, wie viele eine Nähe dazu haben.

Da quantitative Aussagen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen wie diese sehr ungenau sind, gehen neuere Untersuchungen dazu über, das rechtsextreme Potenzial in der Bevölkerung, also die Nähe zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild oder die Nähe zu Elementen rechtsextremer Ideologie, zu messen: BRÄHLER/DECKER treffen z.B. nur Aussagen darüber, wie viele der Befragten z.B. als chauvinistisch oder nationalistisch eingestuft werden können.⁹ Dieser qualitative Begriff soll zeigen, wie das Verhältnis der Mehrheit zu Minderheiten ist: Mit gleicher Methode kommt HEITMEYER zu erschreckend hohen Werten, wenn z.B. mehr als die Hälfte der Befragten dem Statement zustimmen, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben.¹⁰ Erheblich ist auch die Anzahl derer, die rassistischen u. sexistischen Aussagen ganz oder teilweise zustimmen.¹¹

BRÄHLER/DECKER ermitteln 2005 für die Friedrich-Ebert-Stiftung im Bereich Ausländerfeindlichkeit einen etwas geringeren, trotzdem nicht weniger aufrüttelnden Wert: 39,1% der Befragten (40,5 Ost/38,8 West) stimmten der Aussage zu „Die BRD ist in gefährlichem Maße überfremdet.“ Bei der Aussage „Ausländer nutzen unseren Sozialstaat aus“ (vgl. Abb. 6) wird der Ost-West-Unterschied noch deutlicher. Zusammenfassend kommen BRÄHLER/DECKER zu dem überraschenden Ergebnis, dass „bei 6,6% der Ostdeutschen und 9,1% der Westdeutschen (Gesamt 8,6%) ein geschlossenes rechtsextrems



Abb. 1: Ausländer sind Sozialschmarotzer

4 Sinus 1981, zitiert nach Pfahl-Traughber (2000): 88 f.

5 Pfahl-Traughber (2000): 92

6 vgl. Stöss (2005): 66 ff.

7 vgl. Schroeder (2003): 229

8 zitiert nach ebd.: 231

9 vgl. Brähler/Decker (2006): 13 oder Heitmeyer (2005)

10 in Sachsen sind es sogar beinahe zwei Drittel der Befragten; vgl. Heitmeyer (2005b): 17

11 ebd. Wobei ich die Unterscheidung zwischen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht unbedingt als sinnvoll erachte. Viele Menschen, die als ‚Fremde‘ angesehen werden, sind deutsche Staatsbürger und werden aufgrund phänotypischer Merkmale als ‚Ausländer‘ bezeichnet. Demnach ist die Unterscheidung zwischen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eher künstlich.



Weltbild vorliegt“¹². Damit widerlegen die Forscher die weit verbreitete These, rechtsextreme Einstellungen betreffen vornehmlich junge Männer aus Ostdeutschland und argumentieren zu Recht, dass ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, Gewaltbereitschaft, die Zustimmung zu einzelnen Items oder Wahlverhalten sehr unterschiedliche Dinge sind. Insgesamt stellen sich die politischen Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland, dieser Studie zu Folge, sehr unterschiedlich dar: Während die Zustimmung zu autoritären Aussagen im Osten höher ist, die Zustimmung zum Ideal der Gleichheit aller Gruppen im Osten deutlich ausgeprägter ausfällt, finden sexistische und antisemitische Aussagen im Westen deutlich mehr Widerhall, als im Osten.¹³ Hier zeichneten sich die jahrzehntelange unterschiedliche politische und kulturelle Entwicklung ab, vermuten die Forscher. Hätte im Westen die „Auseinandersetzung mit der Geschichte Nazi-deutschlands und einer wirtschaftlichen Modernisierung autoritäre Strukturen antiquiert bis gefährlich erscheinen lassen, hat sich die in der DDR bedeutsame Idee der Gleichheit von Menschen und das Ziel der Eingliederung von Frauen in das Arbeitsleben bis heute gehalten. Nach Durchsicht verschiedenster Studien lässt sich über die Verbreitung fremdenfeindlicher und nationalistischer¹⁴ Einstellungen konstatieren:

- Ostdeutsche sind tendenziell fremdenfeindlicher als Westdeutsche, auch in Bezug auf Rechtsextremismus lässt sich dieses Ungleichgewicht beobachten.¹⁵
- Ein erheblicher Unterschied zwischen den Geschlechtern wurde nirgends festgestellt. Allerdings scheinen Frauen tendenziell sogar fremdenfeindlicher zu sein¹⁶, während die Werte für Männer bei Antisemitismus höher ausfallen.¹⁷

Rechtspopulismus als GMF-Symptom – praktische Anwendung der GMF-Theorie¹⁸

Unter Rechtspopulismus versteht die Politikwissenschaft Parteien wie die „Freiheitliche Partei Österreichs“, den „Front National“ in Frankreich oder den „Vlaams Belang“ in Belgien: Mit fremdenfeindlichen und nationalistischen Parolen versuchen sie an die Alltagsempfindungen vieler Bürger anzuknüpfen, um so Ressentiments zu schüren und Wählerzustimmung zu mobilisieren. Für den Marburger Politikwissenschaftler Sven Schönfelder ist „Rechtspopulismus“ jedoch vielmehr ein „Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.¹⁹ Damit deutet sich schon die inhaltliche und methodische Nähe zur GMF-Forschung an. Sie untersucht die Entstehung und Entwicklung von Abwertungseinstellungen gegenüber Gruppen. Als ein solches Abwehr- und Abwertungspotential versteht Schönfelder auch den Rechtspopulismus. Ihm geht es demnach nicht um politische Bewegungen oder Parteien, sondern um Einstellungen und Verhaltensweisen. Dabei hebt er hervor, dass durch sie die Entwicklung und Festigung einer Gesellschaft auf Basis von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit nachhaltig gefährdet werden dürfte, man aber dennoch nicht von extremistischen bzw. systemfeindlichen Positionen im Sinne der Verfassungsschutz-

12 Brähler/Decker: (2006) 82 f.

13 Brähler/Decker (2006) 82f. und Heitmeyer (2005): 16

14 beide Items werden als Bestandteil rechtsextremer Orientierung definiert

15 vgl. Abb. 7, aber auch Heitmeyer (2005): 15 f. 16; Brähler/Decker (2006): 38

16 vgl. Heitmeyer (2005): 16

17 ebd., sowie Bergmann (2001): 53

18 Auszüge einer Buchrezension von Armin Pfahl-Traughber, <http://hpd.de/node/4250> (aufgefunden: 16.05.2008)

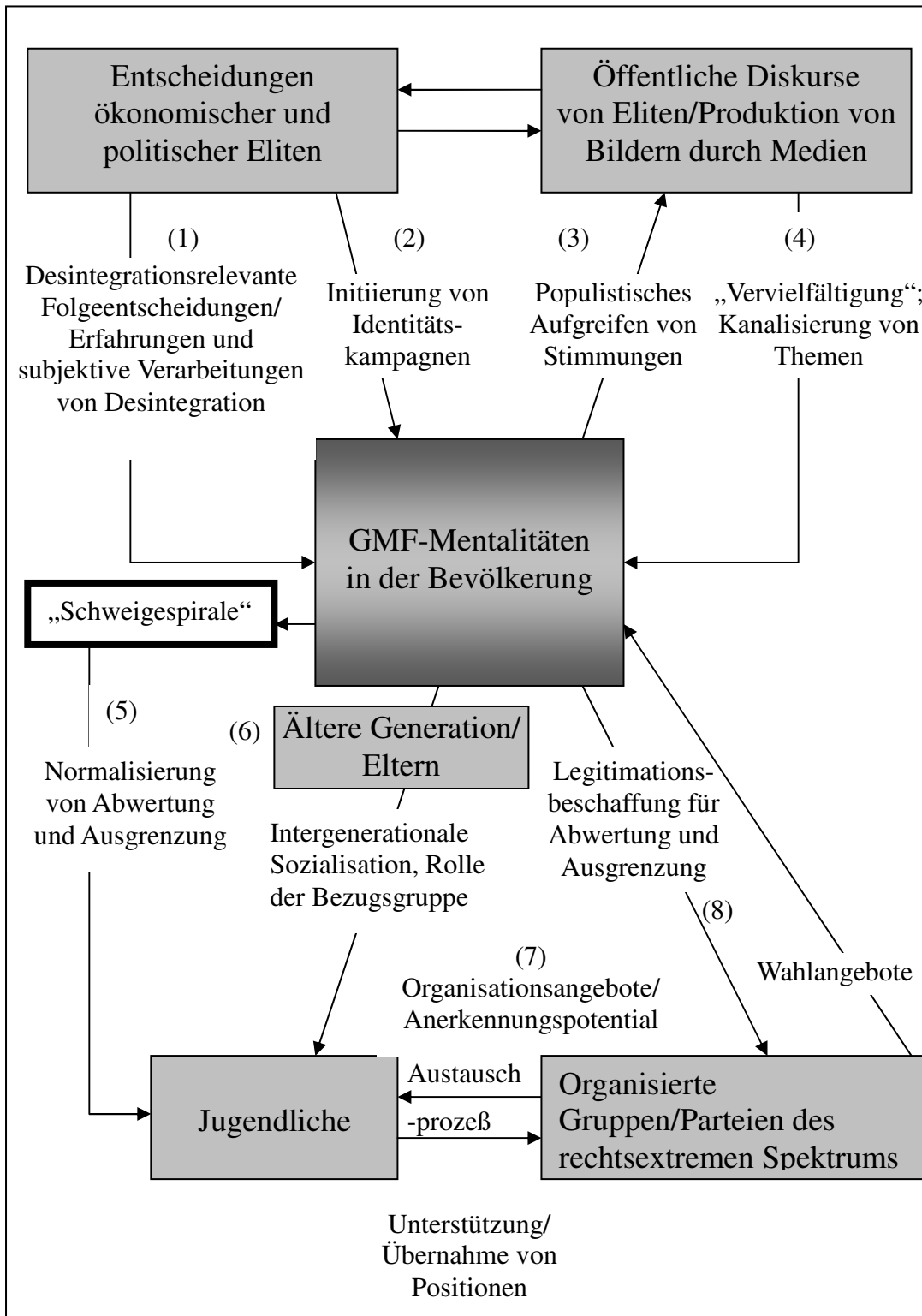
19 Schönfelder (2008): Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts.

definition sprechen könne. Für seine Studie formuliert Schönfelder drei erkenntnisleitende Fragestellungen: Welche individuellen Einstellungen lassen sich in einem rechtspopulistischen Potential bündeln? Welche sozialstrukturellen Ursachen tragen im Kontext der „Modernisierungsverliererthese“ zur Erklärung des rechtspopulistischen Potentials bei? Und: Welche politischen Orientierungen schließen an das rechtspopulistische Potential an? Antworten findet Schönfelder durch drei Analyseverfahren: die Auswertung repräsentativer Umfragedaten, die Textanalyse von Leserbriefen auf der Internet-Seite der „Republikaner“ und die Interview-Analyse mit Kommunalpolitikern der REPs.

Schönfelder kommt zu folgenden Ergebnissen: Als individuelle GMF-Einstellungen lassen sich insbesondere (sekundärer) Antisemitismus, Etabliertenvorrechte und Fremdenfeindlichkeit mit der autoritären Aggression in einem rechtspopulistischen Potential bündeln. Zweitens tragen als sozialstrukturelle Ursachen im Rahmen der „Modernisierungsverliererthese“ weder objektiv erfahrene noch subjektiv wahrgenommene Formen individueller ökonomisch-sozialer Deprivation zur Erklärung des rechtspopulistischen Potentials bei. Als weitaus bedeutender müssen nach Schönfelder eine allgemeine Verunsicherung und empfundene Ohnmacht gegenüber dem rasanten kulturellen und technischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel moderner Gesellschaften gelten. Und drittens schließen vor allem die Wahlintention zugunsten der CDU/CSU und die Selbsteinstufung in der politischen Mitte an das rechtspopulistische Potential an. Es reicht für den Autor bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Schönfelder hat mit seiner Rechtspopulismus-Analyse eine differenziert argumentierende und methodisch überzeugende Arbeit vorgelegt. Gleichwohl irritiert sie durch eine problematische Grundsatzentscheidung, die Rechtspopulismus als minderheiten-feindlich und nicht-extremistisch gleichzeitig versteht. Sicherlich gibt es Organisationen und Positionen „am rechten Rand“, die noch nicht extremistisch sind, wofür etwa die frühere „Schill-Partei“ exemplarisch steht. Ob nun aber die „Republikaner“ (REP), welche Schönfelder insbesondere für diese Einordnung erwähnt, auch in diese Rubrik gehören, kann zumindest für die längste Zeit ihrer Geschichte mit guten Gründen bezweifelt werden. Überhaupt bleibt das Verhältnis von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus nach kurzen einleitenden Bemerkungen weitgehend unerörtert. Das vom Autor ermittelte Rechtspopulismus-Potential von 19,7 Prozent müsste eigentlich ein Rechtsextremismus-Potential einschließen. Wie es um die Anteile beider bestimmt ist, bleibt aus demokratietheoretischer Sicht unklar.

Reproduktionsmodell





Das Modell

In das Modell sind sechs Akteursgruppen einbezogen (vgl. Graphik). Dies sind im einzelnen: *Politische und ökonomische Eliten*, die folgenreiche Entscheidungen für die soziale und politische Entwicklung dieser Gesellschaft treffen; Akteure in den *Massenmedien*, die Stimmungen aufgreifen, vervielfältigen, kanalisieren und „Bilder“ über den Zustand dieser Gesellschaft oder das Verhalten von Gruppen produzieren. Die verschiedenen *Bevölkerungsgruppen*, die sich mit den politischen und sozialen Veränderungen sowie den medienproduzierten Realitätsbildern auseinandersetzen und daraus Einstellungsmuster und Verhaltensintentionen gegenüber schwachen Gruppen entwickeln. Eine spezifische Teilgruppe sind *Eltern bzw. Großeltern*, die für Sozialisationsprozesse relevant sind, in denen die Einstellungen und Verhaltensweisen von *Jugendlichen* beeinflusst werden. Schließlich sind die politisierenden bzw. *organisierten Gruppen* etwa des rechtsextremen Lagers aufzuführen, die u. a. Bindungs- und Mobilisierungspotentiale aufweisen. Zwischen diesen Akteuren bestehen spezifische Wirkungs- und Rückkoppelungsprozesse mit verschiedenen Einflußfaktoren. Die hier vorgestellten Pfade sind weder ausschließlich, noch ist ihre Anzahl damit erschöpft. Es ist eine Anregung, um dem Problem der ständigen Reproduktion, Stabilisierung bzw. Eskalation einer feindseligen politischen Kultur nachzugehen.

Die Wirkungszusammenhänge

Das Reproduktionsmodell enthält *Strukturelemente* in Form der sechs Akteursgruppen und z. T. exemplarisch angedeutete, numerierte acht *Prozeßelemente*. Dementsprechend werden im folgenden die Beziehungen und Wirkung bzw. Rückwirkungen immer zwischen zwei Faktoren in acht Schritten ausgemessen.

(1) Die Folgen ökonomischer und politischer Entscheidungen (vgl. Dörre in diesem Band) bestehen u. a. in der dramatischen Veränderung der Integrationsqualität für Mehrheit wie Minderheit bzw. schwachen Gruppen in dieser Gesellschaft. Die Analysen in den bisherigen Bänden von „Deutsche Zustände“ zeigen auf der objektiven Seite eine dramatische soziale Spaltung (Mansel/Heitmeyer 2005, 51) und ebenso eine subjektiv wahrgenommene und ansteigende Verstörung in Form von Desintegrationsängsten (Heitmeyer 2006, 17). Die damit einhergehende Orientierungslosigkeit hängt deutlich mit negativen Wahrnehmungen in Form von sozialen Abstiegsängsten, bindungsloser Flexibilität u. a. einerseits und der Abwertung gesellschaftlich schwacher Gruppen andererseits zusammen (vgl. Hüpping 2006). Diese sind besonders ausgeprägt in jenen Regionen, deren Entwicklung ökonomisch als abwärtsdriftend zu kennzeichnen ist (vgl. Hüpping/Reinecke in diesem Band).

Die Desintegrationsängste finden wir insbesondere in den Sozialräumen Ostdeutschlands, die von Abwanderung der besser Ausgebildeten betroffen sind (vgl. Beitrag von Petzke/Endrikat/Kühnel in diesem Band). Mangelnde Anerkennungschancen bedingen Abwanderung.

Politische und ökonomische Entscheidungen haben also in massiver Weise Folgen für die Integrationsqualität, Anerkennungsprobleme und Abstiegsängste (Mansel/Endrikat/Hüpping 2006). Diese zeigen sich sowohl in Hinsicht auf berufliche Zugangschancen, der wahrgenommenen politischen Machtlosigkeit und der sozialen Einbindung mitsamt der

Wirkung auf feindselige Mentalitäten gegenüber schwachen Gruppen, die als Konkurrenten um knappe Güter, als beunruhigende Störenfriede der öffentlichen Ordnung bzw. als irritierend für den eigenen Lebensstil wahrgenommen werden.

Ein „Weiter so“ im ökonomischen und politischen Bereich liefert also immer wieder einen wichtigen Beitrag für den *Reproduktionskreislauf* unserer benannten Probleme. Eine „Unterbrechungsleistung“ kann nur durch eine neue Integrations- und Anerkennungspolitik beigebracht werden, indem sich die Chancenstruktur in den relevanten Anerkennungsbereichen z. B. von Arbeit, Schule, politische Partizipation verbessert. Dabei ist davor zu warnen, als wäre allein der Arbeitsplatzbesitz der Lösungsschlüssel für alle Probleme. Der zu erklärende Zusammenhang ist vielmehr mit zahlreichen weiteren Faktoren verknüpft.

- (2) Die Desintegrationsprozesse über politische und ökonomische Rationalitäten (vgl. Dörre in diesem Band) erzeugen zugleich einen Kompensationsbedarf hinsichtlich gesellschaftlicher Integration (vgl. Heitmeyer in diesem Band). Diese Kompensationen drücken sich aktuell u. a. in Identitätskampagnen, Leitkulturdebatten, Patriotismus-Aufrufen aus. Mit solchen politischen Appellen läßt sich dann persönliche Opferbereitschaft für das „Ganze“ induzieren. Wirtschaftlich profitiert die Vermarktung von Produkten mit identifikatorischen Kampagnen von der Desintegrationsproblematik und doch haben derartige Identitätsbeschwörungen – etwa über Nationalstolz – negative Wirkungen auf Fremdenfeindlichkeit (vgl. Becker/Wagner/Christ in diesem Band).
- (3) Diese Kampagnen gehören zum öffentlichen Diskurs der entsprechenden Eliten und die sich darin ausdrückende politische Kultur. Die privaten Stimmungen und Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber schwachen Gruppen können dann Teil einer rechtspopulistischen Bündelung (vgl. Schaefer/Mansel/Heitmeyer 2002) werden, indem etwa Topoi wie „Fremdarbeiter“ in Wahlkämpfen von etablierten Eliten aufgegriffen und instrumentalisiert werden. Eine Vervielfältigung über Massenmedien hat dann wieder einen rückwirkenden Verstärkereffekt auf Teile des empfänglichen Publikums, denn Eliten fungieren bekanntlich als Legitimationsagenturen, die situativ für die Begründung von Einstellungen und Verhaltensintentionen herangezogen werden (vgl. Karstedt 1996).
- (4) Massenmedien vervielfältigen solche Einstellungen nicht nur, sie befinden sich in einem Dilemma zwischen kritischen Aufklärungsintentionen und der Gefahr, die Ausbreitung zu vergrößern (vgl. zu „Anstiftungseffekten“, Brosius/Scheufele 2001). Von besonderer Bedeutung ist vor allem das bildabhängige Fernsehen, das zumeist immer noch zum Rechtsextremismus die sogenannten „Glatzen“ zeigt. Damit werden „falsche“ Bilder über die Entwicklung im Rechtsextremismus gemalt, gegen die dann auch Kommentare nicht ankommen. Denn Analysen dieses Projektes zeigen, daß sich gerade feindselige Mentalitäten in die „politische Mitte“ verschoben haben und damit zur Normalisierung in der Bevölkerung beitragen (Zick/Küpper 2006). Demzufolge müßten kritische Medien – trotz des angedeuteten Dilemmas – vor allem diesen gefährlichen Normalisierungsprozeß thematisieren. Bilder von normal Flanierenden in den Einkaufszonen wären notwendig, um Reflektionen zur Wirkungsunterbrechung anzuregen. Derzeit sind im Rahmen der üblichen auflagen- oder quotenabhängigen Konjunkturen kaum hinreichend kritische Beiträge zu sehen, zumal diese gegen das eigene Leser- bzw. Seher-Klientel der politischen „Mitte“ ins Feld geführt werden müßten. Eine dauerhafte selbstkritische Debatte ist nicht



Kulturbüro Sachsen

Handreichung zur Fortbildung

in Sicht und es sind keine Strukturen zu erkennen, die sie etablieren könnten. Angesichts der Interaktionszusammenhänge agiert Fernsehen in der Regel unterkomplex. Die positiven Ansätze bleiben Einzelbeispiele. Es setzt aufgrund der Bildabhängigkeit auf das Extreme und sendet deshalb die falschen Signale. Für das gefährlich Normale hat Fernsehen in der Regel keinen Sensor (vgl. Luhmann 1996, 58 ff.). Wenn dann hilfsweise moralgesättigte Talkshows im Fernsehen eingesetzt werden, verstärken sie nicht die gesellschaftlichen Debatten, sondern sie sind eher hinderlich, denn: Je höher die Moral, desto geringer sind die Kommunikationschancen zur kritischen Auseinandersetzung über die Probleme und mit den problematischen Akteursgruppen. Es dominiert das „Weiter so“, wonach u. a. nur noch immer spektakulärere Fälle die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Aber gerade nicht durch sie wird die Normalisierung verstärkt, sondern durch das Unspektakuläre.

- (5) Medien spielen eine Rolle im Kampf um die Normalisierung und „Deutungshoheit“, aber auch der soziale Nahraum am Arbeitsplatz, in der Kneipe, bei Familienfesten. Von dort aus wird mitbeeinflusst, ob in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, bei den Abwertungen schwacher Gruppen und deren Diskriminierungen handele es sich um Mehrheits- oder Minderheitenmeinungen. Dies wird unter dem Stichwort der „Schweigespирale“ (Noelle-Neumann 1998) behandelt. Danach vertreten Personen in diesem Fall abwertende oder ausgrenzende Meinungen umso vehementer, desto eindeutiger sie der Ansicht sind, daß sie Teil der Mehrheitsmeinung sind. Sind sie eher der Auffassung, ihre eigene Position sei nur von einer Minderheit geteilt, bleiben sie zurückhaltender. In solche Deutungskämpfe sind zahlreiche Akteursgruppen verstrickt, gleichwohl ist hier die Alltagsintervention von enormer Bedeutung, wenn bei Judenwitzen, Ausländerstereotypen sofort – und wenn auch nur beiläufig – reagiert wird. Dies sind die so enorm wichtigen Grenzssetzungen gegen die Normalisierung. Letztere wird perfektioniert durch den Prozeß der „Schuldumkehr“, indem den Abgewerteten selbst die Gründe für die Abwertungen zugeschoben werden (Zick/Küpper 2005). Der soziale Nahraum stellt sich in der Regel nicht infrage. Dementsprechend sind Untersuchungen im GMF-Projekt mit der Frage, ob man im privaten Kreis interveniert habe, ernüchternd. Es existiert eine „selektive Unaufmerksamkeit“, also Wegsehen bei gleichzeitigem Wissen um die problematischen Einstellungen. Im Jahr 2004 berichten 27 % der Befragten, daß in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis manchmal oder häufig ablehnende Äußerungen gegenüber Ausländern fallen. Andererseits sagen immerhin fast 40 %, dies passiere selten, und 33 % geben an, dies geschehe nie – ein Ergebnis, das nicht eine generelle Anprangerung der „schweigenden Mehrheit“ rechtfertigt. 45 % von denen, in deren Bekanntenkreis dies selten oder häufig vorkommt, geben an, in diesen Fällen dagegen geredet zu haben, fast 25 % sagen, sie hätten zugestimmt, 30 % sagen, sie hätten gar nicht reagiert. Die Reaktion hängt hier allerdings ganz entscheidend von den wahrgenommenen Mehrheitsverhältnissen bezüglich der Einstellungen in der Gruppe gegenüber Ausländern ab, was die Gefahr von Normalisierungstendenzen illustriert. Insbesondere sozialräumlich wirkt sich dies aus. Dies zeigt sich vor allem in kleinen Gemeinden (vgl. Beitrag Petzke/Endrikat/Kühnel sowie Borstel in diesem Band). Diese Umstände sind bekanntlich aus zwei Gründen gefährlich. Einerseits kann man das angeblich „Normale“ nicht mehr problematisieren, es entsteht ein „Normalitätspanzer“ (Heitmeyer 2003, 309). Andererseits können „normalisierte“ Einstellungsmuster auch zur Legitimation von gewalttätigen Handlungen herangezogen



werden. Dies gilt insbesondere für Jugendliche. Kurz: Je höher die Normalisierung feindseliger Mentalitäten, desto niedriger sind die Gewaltschwellen.

- (6) Obwohl Jugendliche in erster Linie zu Objekten von Prävention und Intervention geworden sind, bilden sie nur einen, wenn auch auffälligen Faktor im Reproduktionssystem. Sie ziehen die Aufmerksamkeit vor allem deshalb auf sich, weil sie die Gewalt ins Spiel bringen, die umso eher vorkommt, je deutlicher sie gebilligt wird. Unsere Auswertungen zeigen, daß die ältere Bevölkerung höhere Werte nicht nur bei den abwertenden Einstellungen (Endrikat 2006), sondern auch bei gewaltbilligenden Einstellungen aufweist, während bei Jüngeren die Gewaltbereitschaft höher ausfällt. Wir haben es hier also mit einem (nicht-thematisierten) *Komplementärverhältnis* der Generationen zu tun, das sich insbesondere in Sozialisationsprozessen verdichtet im Sinne einer intergenerationalen „Weitergabe“. Dies ist umso wahrscheinlicher, je autoritärer und homogener der eigene soziale Bezugskontext (vgl. Endrikat/Strobl 2005) ist. Petzke/Endrikat/Kühnel (in diesem Band) können zudem zeigen, daß die Bezugsgruppe tatsächlich die eigenen Einstellungen und insbesondere das Verhalten beeinflusst. Es finden sich zudem Hinweise für eine tendenziell höhere Konformitätsbereitschaft menschenfeindlichen Verhaltens in ländlichen Regionen so wie in Ostdeutschland generell. Dies ist gerade aufgrund der dort nachweisbaren kommunalen Homogenisierung von menschenfeindlich Eingestellten problematisch. Zur Wirkungsunterbrechung reicht es daher bei weitem nicht, die Jugendlichen allein in den Focus zu nehmen, sondern auch die Älteren und Eltern. Sie konterkarieren in den familiären Unterhaltungen nicht selten die morgendlichen Bemühungen in der Schule zu einer kritischen Sicht *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Daher sind sie sowohl für die Normalisierung als auch für die Weitergabe einflußreiche Akteure – quasi hinter den Gardinen –, während die Jugendlichen durch ihre Gruppenaktivitäten im öffentlichen Raum die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Zudem dürften die Chancen der Wirkungsunterbrechung dann wachsen, wenn es gelingt die homogenen Gruppen in soziale und politisch heterogene Begegnungen, Treffen, Gruppen „hineinzuziehen“. Kühnel/Matuschek (1995) konnten im Hinblick auf gewaltanfällige Jugendgruppen zeigen, daß gerade die Faktoren der Homogenität und der geringen Kontakte außerhalb der Gruppe von hohem Gewicht sind.
- (7) Was zwischen Jüngeren und Älteren als Komplementärverhältnis bei Gewaltbilligungen und -bereitschaften benannt worden ist, kann zwischen Jugendlichen und subkulturellen Szenen sowie organisierten Gruppen des rechtsextremen Lagers als *Austauschverhältnis* beschrieben werden. Gruppen bieten organisatorische Rahmen, Anerkennungschancen und z. T. Gelegenheiten zur Machtdemonstration vorzugsweise gegenüber schwachen Gruppen, so daß sie immer die Sieger sind und damit ihr Selbstwertgefühl wenigstens zeitweise steigern. Dies ist nicht kostenlos, denn im Gegenzug müssen die Organisation wie geltende Positionen unterstützt werden. Auch hier stellt sich die Frage der Unterbrechung dieses Austauschverhältnisses. Anhand der Untersuchung von Willems/Steigleder (2003, 77 ff) zu rechtsextremen Straftätern zeigen sich drastische Desintegrationserfahrungen in Familien und beim beruflichen Einstieg. Gleichzeitig ist bekannt, daß auch die Sehnsüchte dieser Jugendlichen zuallererst auf eine unspektakuläre Normalbiographie gerichtet sind, die aber meist in weiter Ferne liegt. Die offene Frage ist auch hier, wie der Anerkennungssuche im rechtsextremen Lager eine neue Kultur der Anerkennung entgegengesetzt werden kann, um solcher Attraktivität von Gruppen entgegenzuwirken. Es geht um funktionale Äquivalente. Die fehlenden Anerkennungen über Arbeit, Auf-

stieg etc. werden durch Anerkennung über Machtdemonstration der Gruppe ersetzt. Wo sind die Alternativen? (vgl. Möller in diesem Band).

- (8) Zum Teil haben die rechtsextremen Gruppen wie z. B. die NPD oder „Kameradschaften“ durch ihre „Alltagsarbeit“ (vgl. auch den Beitrag von Borstel in diesem Band) lokales Vertrauenskapital angehäuft. Die NPD verbindet dies mit selbstbewußtem Auftreten auf dem Weg in die „Mitte“. In den Einstellungsmustern etwa zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in der Bevölkerung sieht sie eine Bestätigung bisheriger Positionen. Die Ergebnisse der GMF-Daten für das Interventionsprogramm „Weltoffenes Sachsen“ kommentierten führende NPD-Funktionäre bzw. das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (Mai 2006, S. 19) mit dem Hinweis, daß sie die Mitte vertritt und auf dem Marsch in die Mitte des Volkes ist: „Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima“ (ebd.). Förderlich ist dazu das ungemein große Ausmaß der wahrgenommenen Demokratieentleerung (vgl. Heitmeyer/Mansel 2003), also die kritische Sicht auf die innere Qualität dieser Demokratie. Selbst wenn jene Bevölkerungsteile mit abwertenden Einstellungen oder diskriminierenden Verhaltensintentionen sich von der NPD distanzieren und eher die großen Volksparteien wählen – was nicht mehr überall zutrifft, wenn man registriert, daß in Sachsen-Anhalt die CDU und SPD z.Zt. nur noch ca. 26 % aller dortigen Wahlberechtigten binden –, ergeben sich die unbeabsichtigten Nebenfolgen einer ideologischen Stärkung des organisierten Rechtsextremismus. Dies dann durch staatliche Repressionsstrategien zu bekämpfen hat – wie Minkenberg/Erb (2006) zeigen können – nur begrenzte Wirkung. Denn Repression erzeugt immer auch Innovation, also die Erfindung neuer Strukturen, Vorgehensweisen etc. – mithin auch an dieser Stelle ein brisanter „Lern“- und Interaktionszusammenhang. Selbst wenn die Wahlangebote des rechtsextremen Lagers bisher vor allem in Ostdeutschland bisher bestenfalls lokal oder regional erfolgreich waren, so bleibt festzuhalten, dass dieses Lager zwar ohne Wahlerfolge, aber nicht ohne Stimmungen und feindselige Einstellungen und Verhaltensintentionen in der Bevölkerung existieren kann.

Dann sind wir wieder bei den Reproduktionsbedingungen des sich scheinbar selbst stabilisierenden Systems eines feindseligen Klimas vor dem Hintergrund massiver Desintegrationsprozesse als einem zentralen Faktor, das von mehreren Akteursgruppen erzeugt und „gerahmt“ wird und deren Wirkungszusammenhänge sich scheinbar vielfach nur schwer unterbrechen lassen.

Praxisbeispiele zum Modell der unthematisierten Reproduktionsprozesse zur Stabilisierung feindseliger Einstellungen

- (1) Integrations- und Anerkennungsprobleme,
- (2) Kampagnenprobleme,
- (3) Populismusprobleme,
- (4) mediale Konjunkturprobleme,

Die ersten vier Prozesselemente der systemischen Reproduktion menschenfeindlicher Einstellungen sind im lokalen Kontext kaum zu bearbeiten. Hierfür bedarf es überregionaler und nationaler, teilweise sogar internationaler Kontexte. Um das Weiter so, der politischen und wirtschaftlichen Eliten in einer globalisierten Welt zu hinterfragen, reichen unsere Vernetzungsstrukturen bisher nicht, Identitätskampagnen und deren Populistisches Aufgreifen



Kulturbüro Sachsen

Handreichung zur Fortbildung

durch die Politik müssen durch nationale Solidaritäts- und Organisationsstrukturen, wie bspw. die BAGD, internationale Menschenrechtsdiskurse und –organisationen (bspw. die Staatenberichte der European Commission against Racism and Intolerance ECRI) oder überregionale Netzwerke, wie „Tolerantes Sachsen“ (öffentliche Kritik der Patriotismuskampagne der sächsischen CDU) genutzt werden. Für die anderen vier Prozesselemente gibt es direkte Anknüpfungspunkte im lokalen Kontext. Sie müssen im Alltagsprozess dechiffriert und konstruktiv-kritisch hinterfragt werden:

(5) Normalisierungsprobleme – Rex ist soziokulturelle verankert

Zur Thematisierung der Verankerung rechtsextremer Diskurse und Organisationen im lokalen Raum bedarf es einer eingehenden Analyse und Kenntnis der Szenestrukturen.

Durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit können Probleme - die von außen oft besser wahrgenommen werden können, als von innen – angesprochen, Handlungslogiken des (Ver-)Schweigens bzw. der „Schuldumkehr“ (Zick/Küpper 2005, zitiert in Heitmeyer 2006) thematisiert und Unterstützungsstrukturen für soziokulturell exkludierte Randgruppen (Opfergruppen) organisiert werden. Solche Gruppen zu sammeln und ihre Traumatisierung/Frustration in konstruktive Projektarbeit umzuwandeln, ist ein langwieriger, steiniger Prozess. Nichts desto Trotz gehört unsere Solidarität zuerst den Opfern rechtsextremer Gewalt!

Bsp. Wintersonnenwendfeier mit Brennendem Reifen als rechtsextrem konnotiertes Projekt im Heimatverein: Reaktion = Bildungsprojekt „Neuheidnische Kulte und Germanenverehrung der extremen Rechten“ in der Kirchengemeinde.

(6) Sozialisationsprobleme,

Hier sind die intergenerationellen Weitergaben menschenfeindlicher Einstellungsmuster angesprochen, wie sie in Familien tradiert werden. Solche Formen der Identitätsbildung über menschenfeindliche Elemente müssen in ihrem historischen Kontext dechiffriert werden: dabei spielen Themen, wie Erinnerungskultur, deutscher Opfermythos, das „Verschweigen von Tätern und Taten“ aber auch positiv gewendet: die Lebensleistungen der Menschen, die Integrationserfahrungen nach flucht und Vertreibung, der Wiederaufbau von Städten und Gemeinden, die positiven Selbstwerterfahrungen in der DDR, etc. eine Rolle. Solche Themen können, positiv wie negativ durch biografisches Arbeiten/Interviews (als Projekt zwischen Jungen und Alten, aber auch als Studentenprojekt oder aktivierende Befragung) erhoben und im Gruppenprozess analysiert und bewertet werden.

(7) Attraktivität rechtsextremer Organisationsangebote und Anerkennungsstrukturen

Rechtsextreme Organisationsformen bieten für weite Teile der Bevölkerung Anerkennungsstrukturen und einfache Antworten. Zumindest für die nachwachsende Generation, vom Kindergartenalter an, müssen im sozialräumlichen Kontext also in (im doppelten Wortsinn) ‚erfahrbarer Nähe‘ Angebotsformen für die Freizeitgestaltung auf demokratischer Grundlage vorgehalten werden: Sportverein, Feuerwehr, Junge Gemeinde, Jugendverein, etc. bieten Anerkennungsstrukturen für beinahe alle Begabungen, müssen aber perspektivisch alle auf die Grundlage gelebter Antidiskriminierungsregeln gestellt werden. (dauerhaftes Beratungsangebot für Schulung, Fallberatung, Organisationsentwicklung und Begleitung zivilgesellschaftlicher Organisationsformen notwendig).

(8) Legitimationsprobleme

Die Delegitimation der Demokratie beruht insbesondere darauf, dass die folgenreiche aktuelle (Alltags-)Politik gewählter RepresentantInnen mit Demokratie gleichgesetzt wird. Gleichzeitig fällt diese Einschätzung/Haltung auf den Boden einer (mehrheitlich noch immer) totalitär geprägten Bevölkerung in Ostdeutschland, die persönlich wenig präsenste Erfahrungen mit lustvoller, erfolgreicher demokratischer Teilhabe hat. (Wendeeerfahrung bei wenigen präsent/von Frustrationserfahrungen überlagert) Demokratie muss demnach, insbesondere im Osten der BRD, wo es keinen gesellschaftlichen Konsens über die Legitimität von Demokratie gibt, als gelebte,



Kulturbüro Sachsen

Handreichung zur Fortbildung

lustvolle und direkt (erfahrbar) erfolgsversprechende Alltagsform erfahrbar werden. Hierzu bedarf es partizipatorischer Projektformen mit überschaubaren zeitlichen und personalen Rahmenbedingungen = Soziokulturelle Animation bedeutet Demokratie leben und lernen im Alltag projektorientiert und intergenerationell anzubieten/dazu zu animieren. Mittel- und Langfristig müssen solche pilothaften Projektformen jedoch vor Ort organisationell und personell verankert werden (vgl. Projekt Mehrgenerationenhaus).

Aus diesen Ausführungen folgt, dass die im lokalen Kontext und von Mobiler Beratung bzw. Gemeinwesenarbeit erreichbaren Akteursgruppen nur die Älteren (Generation 35+), lokale Meinungseliten (PfarrerInnen, BürgermeisterInnen, LehrerInnen, Gemeinderat, Vereinsvorsitzende, informelle ClanführerInnen, etc.), Jugendliche und rechtsextreme/rechtsextrem-affine Gruppierungen sind. Bei der letzten Gruppe gibt es von unserer Seite bisher kein gezieltes Angebot. Sowieso müsste vorher eine Spaltung dieser Gruppe in anideologisiertes Umfeld (rechtsextrem-affin) – also erreichbar und festes ideologisiertes Kaderklientel – also mit bildungs- und projektarbeit nicht erreichbar – erreicht werden. Hierfür bieten sich spezielle, gut begleitete/kontrollierte Jugendangebote (als kurzfristiges Projekt, aber auch langfristige kommunale Jugendarbeit) aber auch Projekte der Soziokulturellen Animation an.